

Zur Urabstimmung über die Partieneubildung zwischen Linkspartei.PDS und WASG

1. Grundsätzliches

Die Linkspartei.PDS führt vom 30. März bis zum 18. Mai 2007 eine Urabstimmung durch. Mit der Urabstimmung entscheiden die Mitglieder über die Verschmelzung der Partei mit der Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG). Ziel ist die Bildung einer neuen Partei in der Bundesrepublik Deutschland: *DIE LINKE*.

Die Urabstimmung ist im Statut der Linkspartei.PDS für den Fall einer Verschmelzung mit einer anderen Partei vorgeschrieben; sie wird außerdem vom Parteiengesetz und vom Vereinsrecht verlangt. Die Mitglieder der WASG sind in dem selben Zeitraum gleichfalls zu einer Urabstimmung aufgerufen.

Die politischen und rechtlichen Grundlagen der neuen Partei sind Gegenstand der Bundesparteitage von Linkspartei.PDS und WASG, die am 24. und 25. März 2007 in Dortmund stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen die Beratung und Beschlussfassung über

- die Programmatischen Eckpunkte,
- die Bundessatzung,
- die Schiedsordnung,
- die Bundesfinanzordnung und
- den Entwurf des Verschmelzungsvertrages.

Die Entwürfe aller Gründungspapiere sind in gemeinsamen Arbeitsgruppen entstanden und fanden die Zustimmung beider Parteivorstände.

Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS hat einen Antrag an den Dortmunder Bundesparteitag gerichtet, mit dem er vorschlägt zu beschließen, dass die Urabstimmung zur Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS mit folgender Fragestellung stattfindet:

„Stimmst du dem Entwurf des Verschmelzungsvertrages zwischen WASG und Linkspartei.PDS und damit der Verschmelzung von WASG und Linkspartei.PDS auf der Grundlage der beschlossenen Gründungsdokumente zu?“

Ja

Nein“

Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS

- ruft alle Mitglieder der Partei auf, an der Urabstimmung teilzunehmen;
- bittet alle Mitglieder, in der Urabstimmung mit „Ja“ zu stimmen und so die Gründung der Partei *DIE LINKE*. möglich zu machen;
- fordert die Landes-, Kreis- und Bezirksvorstände der Linkspartei.PDS dazu auf, die Urabstimmung mit der Auswertung des Dortmunder Parteitages in den Basisorganisationen der Partei zu verbinden;

- schlägt den Gliederungen und Zusammenschlüssen sowie allen Mitgliedern der Partei vor, die Zeit der Urabstimmung zu nutzen, die Ziele der Partei *DIE LINKE*. öffentlich bekannt zu machen und für diese Partei Wählerinnen und Wähler sowie neue Mitglieder zu gewinnen.

Die neue Partei *DIE LINKE*. ist – so steht es im Entwurf der Bundessatzung – in der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung verwurzelt und der Friedensbewegung und dem Antifaschismus verpflichtet. Sie steht den Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen nahe und schöpft aus dem Feminismus und der Ökologiebewegung. *DIE LINKE*. strebt die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft an, in der die Freiheit eines jeden Bedingung für die Freiheit aller ist. Sie ist plural und offen für alle, die gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen wollen. *DIE LINKE*. ist Mitgliedspartei der Partei der Europäischen Linken.

Mit der Verschmelzung von Linkspartei.PDS und WASG soll der politische Handlungsspielraum für die Linke erweitert werden. „Die Linkspartei.“ ist die Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ging in den politischen Umbrüchen des Herbstes 1989 aus der SED hervor. Auf einem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 brach sie mit dem antidemokratischen Politik- und Parteiverständnis der SED und den stalinistischen Einstellungen der sozialistischen Idee. Sie versteht sich als eine konsequent demokratische und emanzipatorische, bundesweit wirksame, moderne sozialistische Partei. Die Linkspartei tritt ein für Demokratischen Sozialismus als Ziel, als Weg und als Wertesystem. Die Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) entstand in der Konfrontation mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung, insbesondere der „Agenda 2010“ des Bundeskanzlers Gerhard Schröder. In der WASG haben sich vor allem aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie linke Intellektuelle zusammengefunden, von denen viele aus der SPD, aber auch aus anderen tradierten Parteien der Bundesrepublik kamen. Die Partei orientiert sich an der Leitidee der sozialen Gerechtigkeit und setzt sich für eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft ein

Nun verbinden sich – ihre Identität erweiternd – demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und Mitglieder der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Sie wollen beweisen, dass in Deutschland etwas gleichberechtigt zusammenwachsen kann, was in der Geschichte und in Ost und West unterschiedliche Wurzeln hat, was unterschiedliche Milieus repräsentiert und anspricht. Eine solche Vereinigung auf gleicher Augenhöhe, ohne das Diktat des vermeintlich Stärkeren, hat auch die Linke noch nicht zuwege gebracht. Diese Aufgabe haben wir in Angriff genommen.

Der im Sommer 2005 eingeleitete Prozess zeigt, die Linke kann den Trend einer schwindenden Mitgliederentwicklung umkehren, sie kann in allen Bundesländern verankert sein, eine einflussreiche Fraktion im Deutschen Bundestag haben und so dauerhaft eine Chance im politischen System haben. Es ist der Aufbruch in eine neue politische Kultur, wenn am Beginn eines neues Jahrtausends auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Partei, die sich von den Idee des demokratischen Sozialismus leiten lässt, ebenso selbstverständlich zum politischen Spektrum gehört wie Sozialdemokraten, Konservative, Liberale und Grüne.

Wir wollen eine neue einflussreiche linke Partei, weil der neoliberalen Politik des Abbaus von Demokratie und Sozialstaatlichkeit, den Befürwortern von ungehemmtem Wettbewerb und Militarisierung eine starke linke Kraft mit modernen sozial-ökologischen Alternativen entgegen stehen muss.

Die Arbeit der Partei *DIE LINKE.*, ihre politischen Aktionen und Ziele, ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Visionen müssen von der gesamten Mitgliedschaft getragen werden. Die Urabstimmung ist ein Akt innerparteilicher direkter Demokratie. Deshalb ist es wichtig, eine sehr hohe Beteiligung zu erreichen, um die Stimmabgabe jedes einzelnen Mitgliedes zu kämpfen und dafür überall die erforderlichen Bedingungen zu schaffen.

2. Verfahren

Die Urabstimmung wird als Briefaktion durchgeführt, in der jedes Mitglied angeschrieben wird. Vor Beginn und während der Urabstimmung wird unter der Mitgliedschaft über die Urabstimmung informiert und für ihre Teilnahme geworben. Unser Ziel ist eine hohe Beteiligung und eine hohe Zustimmung zur Verschmelzung.

Auf Bundesebene sind Bundesgeschäftsführer und Bundesschatzmeister für die Durchführung verantwortlich, auf Landesebene sind die Landesgeschäftsführer/innen bzw. Landesvorsitzenden verantwortlich. Die Verantwortlichen auf Landesebene sind gegenüber dem Bundesgeschäftsführer namentlich zu benennen.

Alle Mitglieder erhalten von der Bundesgeschäftsstelle per Brief ein Anschreiben mit Erläuterungen zur Urabstimmung, den Beschluss des Parteitages und den Text des Verschmelzungsvertrages sowie den Urabstimmungsschein (mit einem nicht kopierbaren Signet) zur Ausfüllung und Rücksendung in einem verschlossenen Kuvert, das in den beigefügten Umschlag mit dem Aufdruck „Gebühr zahlt Empfänger“ zu stecken ist. Dieser ist mit dem eindeutig zuordenbaren Kennwort „Urabstimmung“, der Absenderadresse des Mitgliedes und der Anschrift des Landesverbandes (oder des Parteivorstandes) versehen. Die Rücksendung erfolgt für alle Ost-Landesverbände und einige West-Landesverbände an den jeweiligen Landesvorstand, bei den anderen an den Parteivorstand. Der Landesvorstand bzw. der Parteivorstand kontrolliert die Rückläufe und nimmt Einfluss auf eine möglichst zügige Abwicklung. Die Rückläufe aus den Landesgeschäftsstellen werden gebündelt an den Parteivorstand weitergeleitet.

Die Briefe zur Urabstimmung werden nach dem März-Parteitag ab 26. März bis zum 30. März versandt, so dass das Gros der Mitgliedschaft die Urabstimmungsunterlagen am 30. März erhält.

Die Auszählung der Urabstimmung wird in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle am 19. Mai 2007 von der Wahlkommission des Parteitages durchgeführt. Sie kann Helfer/innen hinzuziehen.

Die Urabstimmung hat kein Beteiligungsquorum. Die Zustimmung zur Parteibildung gilt als erfolgt, wenn mehr Ja- als Neinstimmen ermittelt werden.

Im Karl-Liebknecht-Haus steht für alle Fragen der Urabstimmung (ab 30. März werktags 9 bis 20 Uhr) eine Service-Stelle (telefonisch 030-24009-542, per Fax 030-24009-480, Email: partei Vorstand@linkspartei.de) zur Verfügung.

Für Problemfälle (z.B. verlorene Unterlagen) fungiert die Mandatsprüfungskommission des Parteitages als Klärungs- und Schlichtungsstelle (zu erreichen über Sylvia Müller, 030-24009-239, Fax 030-24009-260, sylvia.mueller@linkspartei-berlin.de).

Die Kosten für die Urabstimmung trägt der Parteivorstand im Rahmen des Finanzplanes 2007 aus den für die Parteineubildung geplanten Mitteln.

3. Verschickungsmanagement

Wesentliche Grundlage ist die aktuelle Adressdatei der Mitglieder aus dem Mitgliederprogramm per 31.12.2006. Diese Datei ist mit den Festlegungen zum Jahresfinanzabschluss 2006 von den Landesverbänden bereits abgefordert.

Eintritte zwischen dem 31.12. und dem 20.4. (letzter Eintrittstermin zum Wirksamwerden der Mitgliedschaft nach vier Wochen am 18.5.) werden von den Landesverbänden unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle (Martin Harnack, 030-24009-416 oder Fax 030-24009-480, martin.harnack@linkspartei.de) gemeldet. Mitglieder, die nach der Verschickung der Urabstimmungsunterlagen eintreten, bekommen die Unterlagen bereits in der Vierwochen-Frist bis zum Wirksamwerden der Mitgliedschaft zugesickt und können abstimmen. Die Landesverbände sorgen dafür, dass Rückläufe von solchen Mitgliedern erst gezählt werden, wenn die Mitgliedschaft wirksam ist.

Problemfälle treten bei Nichtzustellbarkeit der Briefe wegen unzutreffender Adressen auf. Zur Lösung dieser Fälle können zwei Wege dienen:

- a) Unverzügliche Konsultation zwischen Landesverband und Parteivorstand sowie Rückfragen bei Kreisverbänden und Basisorganisationen zur Ermittlung der richtigen Adresse.
- b) Selbständige Meldung der Mitglieder, die keinen Brief zur Urabstimmung erhalten haben, bei ihrem zuständigen Vorstand bzw. direkt beim Parteivorstand.

Mitglieder, deren Adressen nicht ermittelbar sind, können an der Urabstimmung nicht teilnehmen.

Mit der Verschickung wird die Firma MediaService (unter Wahrung des Datenschutzes für die Adressen der Mitglieder) betraut.

Von den Urabstimmungsunterlagen wird eine Auflage von 62.000 Stück gedruckt. Für die letzten Tage der Urabstimmung (wenn Postunterlagen ein Mitglied nicht mehr erreichen können) wird den Landesgeschäftsstellen eine sehr kleine Zahl von Urabstimmungsunterlagen zur Verfügung gestellt für Ausnahmefälle (wenn jemand am vorletzten Tag seine Unterlagen verliert o.ä.), über deren Ausgabe genauestens Buch zu führen ist.

4. Rücklauf und Auszählung

Die Rückläufe gehen (in der Regel) in den Landesgeschäftsstellen ein. Da sie mit dem Aufdruck „Gebühr zahlt Empfänger“ versehen sind, müssen sie von der Post gegen Zahlung des Portos abgeholt werden. Der Parteivorstand erstattet den Landesverbänden das benötigte Porto.

Aus Sparsamkeitsgründen ist die direkte Einsammlung von Urabstimmungsunterlagen durch Basisorganisationen und Kreisverbände sinnvoll. Allerdings ist auch hier streng darauf zu achten, dass die Umschläge mit der Adresse des Landesverbandes und dem Absender des Mitglieds ungeöffnet gesammelt und der Landesgeschäftsstelle übergeben werden.

Abstimmungsunterlagen, die beim falschen Landesverband eingehen, sind an den zuständigen Landesverband zu senden oder – wenn dieser nicht ermittelbar ist – an den Parteivorstand.

In der Landesgeschäftsstelle bzw. der Bundesgeschäftsstelle werden die Rückläufe an Hand der aktuellen Mitgliederliste registriert. Wenn ein Mitglied zwischen dem 31. Dezember 2006 und dem Tag des Eingangs seines Abstimmungsscheins bei der Geschäftsstelle ausgetreten ist, dann wird die Stimme nicht gezählt. Anonym eingehende Abstimmungsscheine können nicht gezählt werden. In Ausnahmefällen können Kuverts mit Abstimmungsscheinen entgegengenommen werden, wenn das Mitglied sich persönlich ausweisen kann. Diese Fälle müssen besonders vermerkt werden.

In der Landes- oder Bundesgeschäftsstelle wird das Kuvert mit dem Abstimmungsschein aus dem Umschlag mit der Absenderadresse genommen und an einem sicheren Ort verwahrt. Die Umschläge sind getrennt davon sechs Monate (RWO §6,5) aufzubewahren.

Mitglieder, die beim Parteivorstand registriert sind, schicken ihre Urabstimmungsunterlagen an den Parteivorstand.

Die Landesgeschäftsstellen melden wöchentlich (dienstags) den Stand ihrer Rückläufe bzw. bekommen den Stand der Rückläufe ihres Landesverbandes von der Bundesgeschäftsstelle gemeldet. Die Landesverantwortlichen kontrollieren den Stand der Rückläufe und unternehmen ggf. die nötigen Anstrengungen, um die Beteiligung zu erhöhen.

Die Urabstimmung endet am 18. Mai um 18 Uhr. Die Verantwortlichen der Landesverbände und der Bundesgeschäftsstelle müssen zu diesem Zeitpunkt eine letzte Abholung bei der Post gewährleisten.

Die bei den Landesgeschäftsstellen eingegangenen Antworten werden bis zum 18. Mai 18 Uhr an die Bundesgeschäftsstelle in eindeutig gekennzeichneten Verpackungen überstellt. Antworten, die in den Landesgeschäftsstellen am 18. Mai bis 18 Uhr eingehen, werden von dort per Kurier an die Bundesgeschäftsstelle überstellt, so dass sie am 19. Mai bis 10 Uhr dort eingehen.

Die Antworten werden in der Bundesgeschäftsstelle in einem gesonderten Raum nach Landesverbänden getrennt gesammelt, damit die länderspezifische Ergebnisse

ermittelt werden können. Die Eingänge werden in einem Posteingangsbuch vermerkt, das zusammen den Wahlunterlagen aufzubewahren ist.

Die Auszählung beginnt am 19. Mai um 9 Uhr in der Bundesgeschäftsstelle in den Konferenzräumen. Sie erfolgt getrennt nach Landesverbänden. Die Auszählung erfolgt in Verantwortung der Wahlkommission des Parteitages. Die Bundesgeschäftsstelle bereitet die Auszählung technisch und organisatorisch vor und stellt Personal als Helfer/innen für die Wahlkommission zur Verfügung. Es werden 40 Zählerinnen und Zähler benötigt.

Ziel ist um 12.30 Uhr eine Zwischenmeldung und am Nachmittag ein mindestens vorläufiges Ergebnis mit einer Pressekonferenz zu medientauglicher Uhrzeit.

5. Begleitung und Werbung

Aufgaben:

- Ängste nehmen
- Optimismus für die Zukunft verbreiten
- Parteibildung als große Chance herausstellen
- Mitgliedermobilisierung zur Teilnahme an der Urabstimmung

Botschaften:

- Nehmt an der Urabstimmung teil
- Stimmt der Parteibildung zu
- Die Linkspartei ist eine zutiefst demokratische Partei

Zeitraum:

- Mitte März bis 19.5.07

Maßnahmen:

Termin		Verantwortlichkeit
7. KW	Texte für Disput (bis 5. März) und Kleine Zeitungen (Autor Dietmar Bartsch)	Georg Fehst
fertig	Gründungsdokumente vorrätig halten für Nachfragen → Internet, Disput (ggf. Nachdrucken, auch für PT)	ggf. Aktualisierungen durch Ronald Friedmann
26.3.	FAQ zur Parteibildung ergänzen → Internet	Tanju Tügel
ab 26.3.	Internetseite zur Parteibildung wird stärker beworben (Startseite), Auftaktbild Auf Startseite Button zu Urabstimmung („so geht's“ mit Frageformular und Service-Hotline)	Ronald Friedmann
24./25.03.	Infos zur „Urabstimmung“ beim Stand des PV auf Dortmunder Parteitag	Martin Harnack
31.03. 16. KW 19. KW	Interviews mit Lothar bzw. Dietmar → PK mit Zweitverwertung im Internet (Schrift, Ton, Bild) und Kleinen Zeitungen	
wöchentl.	kurze Statements der Parteiprominenz (Schrift, Ton,	

Termin		Verantwortlichkeit
ab 13. KW	Bild) wöchentlich veröffentlicht → Internet, Disput, Kleine Zeitungen	
31.03. 07.04. 05.05. 12.05.	Anzeigen mit kurzen Wahlaufforderungen der Parteiprominenz → 4 x ND → 1 x taz 1 x Freitag (in der ersten Abstimmungshälfte)	Monika von der Lippe
ab 14. KW	Flugblatt oder zweiter Mitgliederbrief mit Kurzversion des FAQ und Politikerstatements → Print und Kopiervorlage im Internet	
ab 14. KW	Gradmesser der Beteiligung nach LV zur Mobilisierung selbiger → Internet	PE, Ronald Friedmann
19.05.07	Öffentliche Auszählung mit Hochrechnungen und Schaltung zur WASG; Getränkeangebot + Musik; im KIZ und im Hof Pressestatement (Abstimmung mit WASG dazu)	

Budget für Öffentlichkeitsmaßnahmen:

Anzeigen: ca. 7.000 EUR

Flugblatt: ca. 500 EUR für Gestaltung und Kopiervorlage, Bestellungen durch Länder

Sonderauflage Disput mit Gründungsdokumenten: ca. 2.000 EUR

Wahlparty: ca. 2.000 EUR

Gesamtkosten: mind. 9.500 Euro